



Im Schloss Wustrau befindet sich eine Zweigstelle der Richterakademie, die andere ist in Trier.

FOTO: PETER GEISLER

Irritiert über den Bundesrechnungshof

Prüfer empfehlen, dass sich der Bund aus der Finanzierung der Richterakademie in Trier und Wustrau fast vollständig zurückziehen soll

Von Andreas Vogel

Fehrbellin/Neuruppin. Der Bund soll sich fast vollständig aus der Finanzierung der Richterakademie, die Tagungsstätten im rheinland-pfälzischen Trier sowie in Wustrau am Ruppiner See hat, zurückziehen. Das empfiehlt der Bundesrechnungshof in einem Papier an das Bundesjustizministerium und begründet das damit, dass unter den Teilnehmern der Fortbildungsangebote der Richterakademie lediglich zwei Prozent Bundesrichter sind. Derzeit trägt der Bund die Hälfte der Kosten für die Fortbildungsstätte.

Dieser Bundesanteil, der mit den Bundesländern abgestimmt ist, sei zu hoch, so die obersten Rechnungsprüfer. Sie empfehlen, dass der Bund maximal fünf Prozent der Kosten übernehmen sollte.

„Die rein mathematische Begründung ist viel zu kurz gegriffen“, sagte gestern Stephan Jaggi. Der 53-Jährige ist seit 1. Juni Leiter der Deutschen Richterakademie. Schließlich gehe es um die Pflege des Rechtsstaates vor Ort – und diese Aufgabe werde nun einmal vor

„
Die rein mathematische Begründung ist viel zu kurz gegriffen.“

Stephan Jaggi
Leiter der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau

allem durch die Amts- und Landgerichte gewährleistet.

Der Neuruppiner CDU-Bundestagsabgeordnete Sebastian Steineke, selbst Jurist, verweist noch auf einen ganz anderen Aspekt. „Die Bundesrichter waren zuvor selbst Landesrichter.“ Soll heißen, erst durch Fortbildungen und Qualifizierungen, wie sie in Trier und Wustrau angeboten werden, könnten sie sich für höhere Aufgaben fit machen. „Es wäre viel teurer, wenn der Bund seine eigenen Richter ausbilden müsste“, so Steineke.

Auch Fehrbellins Bürgermeisterin Ute Behnicke findet die Argumentation des Bundesrechnungshofes „unverständlich“. Behnicke befürchtet, dass sich der Bund bei einer Reduzierung seiner Kostenhilfe für die Richterakademie auch aus seiner Verantwortung für die ländliche Region zurückzieht. Immerhin befindet sich die Tagungsstätte in Wustrau im ehemaligen Schloss, das zwischen 1747 und 1750 im ländlich-barocken Stil entstand. Jährlich werden in Wustrau rund 2000 Richter und Staatsanwälte weitergebildet.

„Das sind Menschen, die es sonst nie in unsere Region verschlagen hätte“, so Behnicke. „Durch die Richterakademie wird der Bekanntheitsgrad der Region ungemein erhöht.“ Zudem kämen die meisten Tagungsteilnehmer gern wieder in die Region, oft zu einem Urlaub. „Die Richter und Staatsanwälte genießen die Kultur und gehen auch in die Gaststätten“, betonte Behnicke.

CDU-Mann Steineke ist überzeugt, dass es trotz der Empfehlung des Bundesrechnungshofes bei der „hälftigen Finanzierung“ der Richterakademie bleiben wird. „Da lassen wir keine Luft ran.“ Stephan Jaggi ist da vorsichtiger. Eine Empfehlung des Bundesrechnungshofes müsse man immer ernst nehmen, so der Leiter der Richterakademie. Doch gebe es „überzeugende Argumente“, bei der jetzigen Finanzierung zu bleiben.

Die Deutsche Richterakademie wurde 1967 gemeinsam von Bund und Ländern ins Leben gerufen. Sie dient der überregionalen Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten, erst allein in Trier, seit 1993 auch in Wustrau.